



Suche

Erweiterte Suche

23.03.03

titelseite

politik

wirtschaft

sport

magazin

computer

infoservices

ZDFmediathek

archiv

wetter

Nacht -1°C  
Mo 16°C

börse

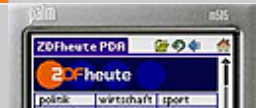
Dax (Xetra) 2.715,06 +4.23% ↑  
Euro/Us-Dollar 1,0602 -0.09% ↓

HEUTE.T-ONLINE.DE



Extra-Newsletter zur Irak-Krise

EXTERN



Der heute-PDA-Service

EU-Gipfel fordert Iraks Nachbarn zu Zurückhaltung auf

Gemeinsame Erklärung der Staats- und Regierungschefs

Die Europäische Union (EU) hat nach dem Kriegsbeginn in Irak alle Länder im Nahen und Mittleren Osten zur Zurückhaltung aufgefordert und humanitäre Hilfe für die vom Krieg Betroffenen zugesagt.

Die Staats- und Regierungschefs in Brüssel verabschiedeten nach gut einstündigen Beratungen eine gemeinsame Erklärung.



Chirac und Schröder beim EU-Gipfel

20.03.2003 [Archiv]

In der Erklärung heißt es: "Wir rufen alle Länder der Region auf, von Aktionen abzusehen, die zu weiterer Instabilität führen könnten." Die EU hoffe, dass so wenig Menschen wie möglich in dem Konflikt getötet würden und leiden müssen.

Scheitern der Diplomatie bedauert

Zugleich sagte die EU humanitäre Hilfe zu und bekräftigte, dass die UNO eine zentrale Rolle haben müsse. Die EU-Länder wollen massive Hilfsleistungen zum Wiederaufbau des Irak leisten, sagte der griechische Ministerpräsident Georgios Simitis als amtierender Ratspräsident am Donnerstagabend. Zu Beginn des Gipfels sagte Simitis: "Unser Treffen findet statt unter den Schatten des Krieges." Er äußerte sein Bedauern darüber, dass es nicht gelungen war, eine friedliche Lösung des Konflikts zu finden.

Wie aus Delegationskreisen verlautete, kam es bei der Irak-Debatte zu Auseinandersetzungen zwischen dem britischen Premierminister Tony Blair und Frankreichs Präsident Jacques Chirac. Zu Beginn des EU-Gipfels in Brüssel hatten die Staats- und Regierungschefs der EU, die in der Irak-Frage tief gespalten sind, das Scheitern der Diplomatie bedauert.

VIDEO 20.03.03 Die Lage im Nordirak

VIDEO 20.03.03 Raketen auf Kuwait

VIDEO 20.03.03 Irak-Krieg: EU sagt humanitäre Hilfe zu

VIDEO 20.03.03 Großdemo gegen den Krieg

Krieg am Golf



"Unsere Lektion lernen"

Der belgische Ministerpräsident Guy Verhofstadt sagte bei seiner Ankunft: "Dies ist der Moment, unsere Lektion zu lernen. Wir müssen endlich zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kommen." Auch der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker mahnte die Rückkehr zu einer gemeinsamen Linie an. "Wir sollten uns schämen, dass wir der Aufgabe nicht gewachsen waren", sagte er unter Verweis auf die Kluft in der Irak-Frage. Der österreichische Kanzler Wolfgang Schüssel äußerte die Hoffnung, dass die noch vorhandenen Stücke von Gemeinsamkeit am Abend noch zusammengefügt werden könnten.

Während vor allem Großbritannien und Spanien den Kriegskurs der USA unterstützen, lehnen ihn Frankreich und Deutschland ab. Der dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen empfahl, Europa sollte jetzt nach vorne schauen und sich sowohl auf humanitäre Hilfe als auch auf den Wiederaufbau Iraks konzentrieren. Auch Schüssel forderte, dass nun humanitär, politisch und wirtschaftlich etwas getan werden müsse.

Bedauern und Bitterkeit

Zuvor hatte bereits das Europaparlament in einer Sondersitzung über den Irak-Krieg debattiert. Dort äußerte der griechische Außenminister Georgios Papandreou "ein Gefühl der Bitterkeit und der Enttäuschung darüber, dass wir nicht in der Lage waren, diese Krise gemeinsam zu bewältigen". EU-Außenkommissar Chris Patten betonte: "Der Welt ist mehr damit gedient - hinsichtlich der Prosperität, hinsichtlich der Sicherheit und der Stabilität -, wenn Amerika und Europa zusammenarbeiten." Der Präsident des Europaparlaments, der Liberale Pat Cox, bedauerte, dass die EU sich selbst durch ihre Uneinigkeit geschwächt habe.

EU-Kommissionspräsident Romano Prodi sprach von einem "traurigen Moment für alle Staaten der Welt". Die EU-Kommission werde so schnell wie möglich damit beginnen, humanitäre Hilfe zu leisten. Dafür stellte die Brüsseler Behörde am Donnerstag zunächst 21 Millionen Euro bereit. EU-Entwicklungskommissar Poul Nielson forderte die EU-Staaten auf, weitere hundert Millionen Nothilfe zur Verfügung zu stellen.

Haushaltspolitik lockern?

Der Golfkrieg rechtfertigt nach Einschätzung von EU-Währungskommissar Pedro Solbes eine Lockerung der EU-Haushaltspolitik. Der Krieg verursache "außergewöhnliche Umstände", die den Mitgliedstaaten mehr Freiheit in der Finanzpolitik einräumten, sagte Solbes. Wie sich dies in konkreten Zahlen ausdrücken könnte, wollte Solbes nicht sagen.

Mit Material von AFP

[Europäische Union](#)

#### LINKS

- heute.t-online
- [EU-Finanzminister fordern gemeinsames Handeln bei Irak-Krieg \[Archiv\]](#)
- [Weltweite Proteste gegen Irak-Krieg \[Archiv\]](#)
- [Aktuelles zum Irak-Krieg](#)
- [Irak-Krieg hat begonnen \[Archiv\]](#)
- [Schröder: Krieg ist die falsche Entscheidung \[Archiv\]](#)
- [Ihre Fragen zum Krieg \[Archiv\]](#)

#### EXTERNE LINKS

Das ZDF ist für den Inhalt externer Internetseiten nicht verantwortlich.

- [EU-Kommission](#)
- [Europäische Union](#)

✉ [ARTIKEL VERSENDEN](#) [ARTIKEL DRUCKEN](#)

Die Top 10 unserer Leser

nicht lesenswert -3 -2 -1 0 +1 +2 +3 lesenswert  
Geben Sie eine Empfehlung ab [Überblick der Leser Top 10](#)

[zum Seitenanfang](#) ^

[Impressum](#) [Suche](#) [Erweiterte Suche](#) [ZDFclub](#) [ZDFshop](#) [über das ZDF](#) © ZDF 2003

[titelseite](#) [politik](#) [wirtschaft](#) [sport](#) [magazin](#) [computer](#) [infoservices](#) [mediathek](#) [weiter](#) [börs](#)

